

Markus Staudinger 02. Dezember 2016 - 00:04 Uhr

27 Millionen Euro: Land und Gemeinden zahlen ihren Bediensteten kräftig nach

Das soll Gehaltskonflikt um Vordienstzeiten bereinigen - Beschluss im Landtag im Dezember.



Gemeinde- und Landesbedienstete, Mitarbeiter von Landesspitälern: Zusatzzahlung für ein Drittel der Beschäftigten Bild: VOLKER WEIHBOLD

Mehr als 55.000 Menschen arbeiten in Oberösterreich für das Land, die Städte und Gemeinden sowie die Landesspitäler, das Uniklinikum und die Sozialhilfeverbände. Mindestens jeder Dritte von ihnen darf sich zu Jahreswechsel über eine kräftige Nachzahlung (im Schnitt 550 Euro) sowie einen Gehaltszuschlag freuen. Auf das Land und die Gemeinden kommt dagegen die nächste Kostenbelastung zu.

Das ist das Ergebnis eines Kompromisses im Konflikt um die Anrechnung von Vordienstzeiten, der gestern ohne Gegenstimmen den Verfassungsausschuss des Landtages passierte und der im Dezember im Landtag beschlossen werden soll.

Das Okay der Personalvertreter und Gewerkschaften lag bereits zuvor vor. Land und Gemeinden greifen dafür tief in die Tasche. 2017 belaufen sich die Zusatzkosten nach Schätzungen des Landes auf 27 Millionen Euro, in den darauffolgenden Jahren auf jeweils rund elf Millionen Euro.

Bundesweites Problem

Auslöser des Gehaltskonfliktes war eine gesamtösterreichische Regelung, wonach den Mitarbeitern Vordienstzeiten in der Privatwirtschaft mit maximal 1,5 Jahren angerechnet wurden, Vordienstzeiten im öffentlichen Dienst allerdings mit bis zu 10 Jahren. Diese Regelung– und diverse nachfolgende Reparaturversuche auf Bundesebene – hatten vor den Gerichten aber keinen Bestand.

In Oberösterreich vereinbarten Personalvertreter sowie Land und Gemeinden, bis Ende 2016 einen Vergleich auszuhandeln – für jene Bediensteten, deren Vordienstzeiten nicht ausreichend angerechnet worden waren. Nach Schätzungen des Landes betrifft das rund ein Drittel der Beschäftigten.

Im konkreten sieht der Kompromiss eine einmalige Pauschalabschlagszahlung vor, die eine Unterbezahlung in der Vergangenheit abgelten soll. Im Schnitt werde das pro Betroffenen rund 550 Euro ausmachen, schätzt man im Land Oberösterreich.

Dazu kommt ein Gehaltszuschlag, der eine zu niedrige Dienststufe ausgleichen soll. Der Zuschlag werde im Schnitt 25 Euro pro Monat und Betroffenen ausmachen. Zusammen mit Nebenkosten und höheren Kosten bei Neueinsteigern summiere sich das auf 27 Millionen Euro, so die Landeszahlen.

"Ich bin froh, dass wir diese Einigung erzielt haben und der Klageweg nicht beschritten wurde", sagt der für das Personal zuständige LH-Stellvertreter Thomas Stelzer (VP) auf Anfrage der OÖ-Nachrichten. Er hatte das Paket federführend mit den Personalvertretern erarbeitet und verhandelt.

In anderen Bundesländern sowie im Bund ringt man immer noch um Lösungen für dieses Millionen-Dilemma, sagt Stelzer. Absolute Rechtssicherheit gebe es mit dem Kompromiss zwar nicht. "Es ist nicht ausgeschlossen, dass nicht doch jemand klagt", sagt Stelzer. Laut Juristen habe die Lösung aber eine gute Chance auf Bestand.